

# **Niederschrift**

## **über die 10. Sitzung des Rates der Stadt Jever**

**Sitzungstag:** 13.12.2012  
**Sitzungsort:** Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 18:00 Uhr bis 19:25 Uhr

### **Teilnehmerverzeichnis:**

#### **Vorsitzende**

Vredenborg, Elke

#### **Ratsmitglieder**

Albers, Udo

ab TOP 6

Andersen, Klaus

Bollmeyer, Matthias Dr.

Bunjes, Gertrud

Dankwardt, Angela

Feldmann, Monika

Fessel, Jörg

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Hahn, Udo

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Husemann, Horst-Dieter

Janßen, Dieter

Jong-Ebken, Roswitha de

Kourim, Frank

Lange, Hans-Jürgen

Ludewig, Enno

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert

Schwanzar, Bernhard

Sender, Alfons

Vahlenkamp, Dieter

Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.

ab TOP 6, außer TOP 15

Wolken, Wilfried

ab TOP 4

Zielke, Beate

Zillmer, Dirk

## **Verwaltung**

Albers, Heyka

Mühlena, Björn

Müller, Mike

Röben, Manfred

Rüstmann, Dietmar

## **Entschuldigt waren:**

## **Stellvertretende Vorsitzende**

Huckfeld, Renate

## **Tagesordnung:**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende**

**Die Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

### **TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder**

**Die Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

### **TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit**

**Die Vorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

### **TOP 4 Feststellen der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt einstimmig beschlossen.

### **TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 9 über die Sitzung des Rates vom 8. November 2012. - öffentlicher Teil -**

Diese Niederschrift wird mit 27 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

### **TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin über**

## **TOP 6.1 Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

**Die Bürgermeisterin** informiert den Rat über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses in der Sitzung vom 04.12.12. Eine Auflistung dieser Beschlüsse ist dieser Niederschrift beigelegt.

Weiterhin gibt **die Bürgermeisterin** bekannt, dass vor der Sitzung des Rates die Gesellschafterversammlung der Marketing- und Tourismus-GmbH getagt habe. Dort seien personelle Übergangsregelungen betreffend den Weggang des Geschäftsführers zum 01.01.2013 beschlossen worden. Die Verwaltung habe sich das Ziel gesetzt, bis zum 30.06.2013 der Politik einen Vorschlag zu unterbreiten, wie es künftig mit der Marketing- und Tourismus-GmbH weitergehen werde.

Anschließend gibt **Herr Röben** den Baubericht 07/2011-2016 über den Berichtszeitraum vom 08.11.-12.12.12 bekannt, der dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegt ist.

Im Anschluss an den Baubericht unterrichtet **Herr Röben** den Rat von einem Schadensfall beim Kindergarten Moorwarfen. Vandalen hatten dort am vergangenen Wochenende auf dem Flachdach 24 Dachlüfter umgetreten. Dadurch entstanden Beschädigungen an der Dachoberfläche, Wasser konnte eintreten. Die Schäden wurden zunächst provisorisch abgedichtet. Dafür musste die Decke geöffnet werden, um festzustellen, wie groß der Schaden insgesamt sei, und ob weitere Trocknungsmaßnahmen nötig seien. Im kommenden Jahr müssen die Dachlüfter wieder angebracht werden und das Dach entsprechend abgedichtet werden. Der Schaden belaufe sich auf ca. 6.000,00 € bis 7.000,00 €; Strafanzeige wurde gestellt.

## **TOP 6.2 Wichtige Angelegenheiten der Stadt**

- keine -

## **TOP 7 Anträge und Beantwortung von Anfragen**

- keine -

## **TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -**

**Die Vorsitzende** unterbricht für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzung, um anwesenden Einwohnern die Möglichkeit für Fragen zu geben.

Es stellt sich Herr **Hans-Jürgen Griffel**, Sophienstraße 28, vor. Er bemängelt die Straßenbeleuchtung in der Sophienstraße. Dort befinde sich, von der Lindenallee kommend, die erste Leuchte nach 200 m. Diese sei aber allenfalls dazu geeignet die Auffahrt des Hauses Nr. 24 zu beleuchten. Der gesamte übrige Teil befinde sich in der Dunkelheit. Er wolle darauf hinweisen, dass die Straße viel von Müttern mit kleinen Kindern frequentiert werde, die Ihre Kinder in den Kindergarten bringen, bzw. abholen. Darüberhinaus wohnen in diesem Teil der Sophienstraße überwiegend ältere Menschen und der Zustand des Bürgersteiges sei ebenfalls nicht der Beste, so dass eine permanente Unfallgefahr gegeben sei. Er blicke neidvoll zur Schlosserstraße, wo die Beleuchtung auf dem neuesten Stand sei.

**Herr Rüstmann** gibt zu bedenken, dass eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung – wie auch in der Schlosserstraße – eine Beitragspflicht in nicht unerheblichem Umfang nach sich ziehen werde.

**Herr Röben** sagt zu, die Angelegenheit zu prüfen. Er werde sich dann wieder bei Herrn Griffel melden.

**TOP 9      **Neubau des Johann-Ahlers-Hauses:  
Auswahl des Entwurfes bzw. des Architekturbüros****

**PlanA Nr. 10 vom 21.11.2012**

**VA Nr. 15 vom 04.12.2012**

**Vorlage: BV/0275/2011-2016**

**Frau Dankwardt** führt zum Neubau des Ahlers-Hauses aus, dass es für sie unstrittig sei, dass die Stadt Jever mit ihren 120.000 Übernachtungen und dem etwa 4fachen an Tagesgästen ein Stadtmarketing benötige. Unstrittig sei für sie auch, dass die Kopfzahl nicht verringert werden könne. Lediglich die berufliche Qualifikation des Kopfes sowie die Organisationsform seien für die Zukunft festzulegen.

Daher sei weiterhin unstrittig, dass die Tourismusexperten ein vernünftiges Domizil benötigen. Gleiches gelte für die Bürgerbegegnungsstätte, die zahlreichen Vereinen zur Nutzung zur Verfügung gestellt werde. Wer nun öffentlich behaupte, dass der Bestandsbau das richtige Ambiente für die Mitarbeiter, die Bürger und vor allem die Gäste der Stadt Jever biete, habe offensichtlich wenig Vergleichsmöglichkeiten und kenne die Macken des Gebäudes nicht. Jever sei als Erholungsort anerkannt und bekomme sowohl hier als auch bei der Erneuerung des Qualitätssymbols für die Tourist-Info stets „aufs Brot geschmiert“, dass das Gebäude den Anforderungen nicht standhalte. Einzig die Freundlichkeit und die hohe Qualifizierung der Mitarbeiter habe in der Vergangenheit geholfen, den Titel behalten zu dürfen. Das Gebäude sei ein Energiefresser, weder zu den Toiletten noch zur Tourist-Info im Keller barrierefrei und weder eine Notsanierung noch eine Komplettanierung ließen sich effizient und effektiv darstellen. Im Übrigen gebe es bereits einen Grundsatzbeschluss des Rates für einen Neubau, der die Tourist-Info und die Bürgerbegegnungsstätte aufnehmen solle. Die Bücherei dort zu integrieren sei eine überdenkenswerte Idee, gewesen, würde aber zu einem überdimensionierten Bau führen.

Wer nun glaubt, Vorschläge zu einer Anmietung machen zu können, habe den fahrenden Zug leider verpasst. Der Rat der Stadt Jever wolle keine Mietzahlungen für dann 2 Gebäude, denn man wolle weiterhin den Vereinen und Bürgern einen Treffpunkt vorhalten. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werde die

Inanspruchnahme durch die Älteren steigen. Warum solle man also Miete zahlen, wenn man – gerade unter Einbeziehung von Fördergeldern und der Nutzung günstiger Kommunalkredite – sein Eigentum wirtschaftlicher ersetzen könne.

Auf die Kritik einzelner Ratsmitglieder und Bürger, die behaupten, es würden Steuergelder verschwendet, weil gebaut werde, um Fördergelder abzugreifen, erwidere sie, dass diese das System nicht begriffen hätten oder es nicht begreifen wollten. Es werde gebaut, weil der Bedarf vorhanden sei und durch die Nutzung von Fördergeldern wolle man den kommunalen Haushalt entlasten. Denn auch ohne Fördergelder müsse ein Neubau her.

Es wurden sechs Architekten gebeten, Vorschläge für die Bebauung zu unterbreiten. Dabei seien bereits im Vorfeld sowohl das Landesamt für Denkmalschutz in Oldenburg, als auch die Untere Denkmalschutzbehörde beim Landkreis Friesland als Genehmigungsbehörde ins Boot geholt worden, um die Auflagen an einen genehmigungsfähigen Baukörper und die Platzierung auf dem bisherigen Grundstück zu definieren. Nachdem die Begründungen für den Beibehalt des Standortes akzeptiert worden waren, begrüßten beide Behörden die Planung der Stadt Jever, weil ein Neubau der Verbesserung des gesamten Ensembles diene.

Nachdem eine Kommission aus Politik, Denkmalpflege und Verwaltung sich dazu entschlossen habe, den Gremien des Rates 2 Vorschläge zu empfehlen, hätten sich die Gremien für den Entwurf des Architekten Ralf Thater entschieden, der auch heute zur Abstimmung stehe. Um die Förderanträge, die bekanntermaßen an Fristen gebunden seien, auf den Weg bringen zu können, benötige man einen konkreten Entwurf. Gerade der Entwurf von Herrn Thater finde die Akzeptanz beider Denkmalschutzbehörden, so dass sie auch hier keinen Fehler erkennen könne.

An die gerichtet, die sich nicht mit ins Boot genommen fühlen, sei zu sagen, dass es von der Bevölkerung und von Vereinen und Verbänden zu akzeptieren sei, dass der Rat der Stadt Jever – dort säßen die gewählten Volksvertreter - für die Entscheidung zuständig sei. Man sei bei jeder kontrovers diskutierten Entscheidung dankbar für Rückmeldungen aus der Bevölkerung, das gelte auch für diese Angelegenheit. Leider sei aber Fakt, dass sich diejenigen, die mit Entscheidungen einverstanden seien, in der Regel nicht öffentlich zu Wort meldeten, die Gegner suggerierten allgemeinen Protest und damit entstehe ein schiefes Bild.

An die gerichtet, die in öffentlichen Stellungnahmen behaupteten, es würden die Wallanlagen zerstört, entgegne sie, dass dies durch den potentiellen Architekten mit entsprechenden Fotos und der Aufschlüsselung der Herkunft der Flächenanteile widerlegt worden sei. Kein Denkmalschutzverantwortlicher würde heute noch einer Maßnahme zustimmen, die einen solchen Eingriff zulasse. Darüber hinaus begrüße die Denkmalpflege gerade die durch den geplanten Neubau wieder hergestellte Sichtverbindung zur Graft, was eine enorme Aufwertung des gesamten Areals bedeute.

Als Stadt Jever stehe man vor der einmaligen Chance, städtebaulich und historisch eine Verbesserung der Innenstadt erzielen zu können und hoffe dabei auf Unterstützung durch Fördermittel, um den kommunalen Haushalt zu schonen. Deshalb empfehle sie dem Rat dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Abschließend wolle sie schon an dieser Stelle erwähnen, dass zu dem Kreis Tourismus auch der später zu beratende Punkt Fremdenverkehrsbeitrag gehöre. Weg von der Freiwilligkeit und der Inanspruchnahme weniger Zahler hin zu den Profiteuren in der Masse als Pflichtbeitrag sei für die Stadt Jever der einzig gangbare Weg.

**Frau Zielke** führt sodann zu diesem Thema aus, dass bei ihr nach wie vor etliche Fragen nicht geklärt seien. Es sei nicht geklärt, wie die Stadt Jever das Minimum von 300.000,00

€ finanzieren wolle und wer die Gestaltung der Außenanlagen finanziere, wenn nicht die Stadt Jever. Auch die Refinanzierung durch Pächter sei nicht gänzlich geklärt. Auch wenn es heiße, „über Geschmack lasse sich nicht streiten“ frage sie sich doch, ob ein solches Gebäude, ohne einen Versuch der Anlehnung an die Altstadt, an diesen Platz gehöre.

**Herr Janssen** erklärt, dass es für die SPD-Fraktion keine Frage gewesen sei, dass das Joh.-Ahlers-Haus, das die Tourist-Info im Untergeschoss beherberge und somit nicht barrierefrei sei und zudem stark sanierungsbedürftig sei, nur durch einen Neubau am jetzigen Standort – Alter Markt – ersetzt werden könne. Da ein Investor, der der Stadt Jever einen Neubau finanziere, leider nicht vom Himmel gefallen sei, müsse die Stadt den finanziellen Kraftakt selber stemmen. An dieser Stelle danke er auch der Verwaltung, insbesondere Herrn Rüstmann, für die gute Vorbereitung. Man habe jetzt die einmalige Chance, mit Zuschüssen einen Neubau zu erhalten und auch das Umfeld entsprechend zu gestalten. Die SPD-Fraktion denke, dass es sich hierbei um einen einmaligen Chance handle und man sich nicht auf der Zielgeraden stoppen lassen solle. Die Entwürfe seien mit Fachleuten und dem Denkmalpfleger diskutiert worden, die Bürger seien von Anfang an informiert worden und konnten ihre Meinungen zu den Entwürfen kundtun. Darüber hinaus wurde am 27.09.12 ein Grundsatzbeschluss zum Ahlers-Haus getroffen, dieser lautete: „Für die Altentagesstätte und die Tourismus-Information soll am bisherigen Standort Alter Markt ein neues Gebäude errichtet werden“ und wurde mit 29 Ja-Stimmen beschlossen. Die CDU-Fraktion wolle auch einen Neubau, aber ohne Kreditaufnahme, dies halte er für eine Utopie. Er appelliere an alle Ratsmitglieder heute einen entsprechenden Beschluss zu fassen, denn sonst könne man die Fördergelder in den Wind schreiben. Es sei lange genug über dieses Thema diskutiert worden.

**Herr Dr. Bollmeyer** führt für seine Fraktion aus, dass man sich dem Beschlussvorschlag des Planungsausschusses nicht anschließen werde. In der von Herrn Janssen angesprochenen Sitzung vom 27.09. habe sich die CDU den grundsätzlichen Bedenken bezüglich des Ahlers-Hauses zwar angeschossen, aber auch deutlich gemacht, dass man sich nicht vorstellen könne eigene Haushaltsmittel für einen Neubau bereitzustellen. Man befinde sich inzwischen in einem „galoppierenden“ Verfahren, das mit der Einwerbung von Fördermitteln begründet werde. Die andere Seite, dass bereits über höhere Kosten geredet werde, Baukosten ohnehin i.d.R. bis zur endgültigen Fertigstellung weiter ansteigen und der Eigenanteil der Stadt Jever damit immer höher werde, werde nach Meinung seiner Fraktion außer Acht gelassen. Teile der öffentlichen Reaktionen bestätigten im übrigen die Auffassung, dass die Diskussion um die konzeptionelle Nutzung der Räumlichkeiten und die damit zusammenhängenden Finanzierungslage noch keine Beschlussreife erlangt habe. Ein Neubau in der jetzt geplanten Form gebe dem Bereich Schloßplatz / Alter Markt eine gänzlich andere Prägung. Herr Dr. Bollmeyer führt weiterhin aus, dass sich beim Bau des Ahlers-Hauses der ZOB noch auf der gegenüberliegenden Straßenseite befunden habe und somit der Standort gerechtfertigt gewesen sei. Der Jeversche Altertums- und Heimatverein habe darauf hingewiesen, dass die Stadt Jever nicht leichtfertig mit dem noch bestehenden Ring der ehemaligen Wallanlagen, der zudem ein eingetragenes Gartendenkmal darstelle, umgehen sollte. Die CDU-Fraktion sei weiterhin bereit, an Alternativen mitzuarbeiten und Ideen für ein Konzept zu erarbeiten. Zum Schluss wolle er noch anmerken, dass er es sehr befremdlich finde, wie in dieser Angelegenheit mit dem Altertums- und Heimatverein umgegangen worden sei. Ihm gefalle es gar nicht, wenn im Kontext des Joh.-Ahlers-Hauses Äußerungen des Altertums- und Heimatvereins übergangen würden und durch buchhalterische Mitteilungen, wie die Fläche bisher bebaut, gepflastert oder begrünt sei, die Verfasser der Pressemitteilung in ihrem inhaltlichen Anliegen ignoriert würden. Ein Gesprächsangebot wäre seiner Meinung nach die richtige Reaktion gewesen.

**Herr Rüstmann** nimmt Stellung zu den vorherigen Aussagen. Er habe mehrfach mit Herrn Landig über die Situation gesprochen und habe ihm alle Materialien zur Verfügung

gestellt. Darüber hinaus habe er weitergehende Angebote gemacht. Es sei von Seiten des Altertums- und Heimatvereins nicht versucht worden etwas zu kontaktieren. Man müsse sich aber an den derzeitigen Realitäten ausrichten und diese sähen im Moment im Bereich des Joh.-Ahlers-Hauses so aus wie sie sind. Dort gebe es keine intakte Grünanlage, die gebe es nur noch in Flächennutzungsplänen. Wenn man diesen Bereich als prägende Grünanlage bezeichne, müsse man sich nicht wundern, wenn darauf von Leuten, die die Angelegenheit realistisch betrachten, reagiert werde und Dinge zurechtgerückt würden. Dies geschehe nicht buchhalterisch, sondern aus dem EDV-System des Architekten heraus, der diese Daten zur Verfügung gestellt habe. Der Verwaltung sei von Anfang an daran gelegen gewesen, die Dinge objektiv darzustellen und keinen Raum zu lassen für Verschiebungen, die den Blick für die Realität verschließen. Die Realität sei, dass die beschriebene Grünanlage in dem Umfang nicht bestehe, und die Realität sei auch, dass sich der Altertums- und Heimatverein 14 Tage vor der heutigen Ratssitzung erstmals zu Wort gemeldet habe. Kurzfristig seien dann alle Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, weitere Rückmeldungen habe er nicht bekommen. Zum Zeitpunkt als es um die Entscheidung der Verlegung gegangen sei, habe sich der Altertums- und Heimatverein nicht zu Wort gemeldet. Von daher verstehe er diese Argumentation jetzt nicht so ganz.

**Herr Schönbohm** erklärt, dass es sich bei der Entscheidung um das Joh.-Ahlers-Haus um eine wichtige Entscheidung handle und sich die SWG sich die Entscheidung zu diesem Thema nicht leicht gemacht habe. Man habe im Vorfeld die Möglichkeiten Sanierung / Umbau diskutiert und wieder verworfen, weil es zu teuer sei und auch nicht den gewünschten Effekt bringe. Man habe weitere Vorschläge bezüglich möglicher Synergieeffekte gemacht, die aber aus Gründen der Denkmalpflege keine Chance gehabt hätten. Eins sei jedoch nie in Frage gestellt worden und das sei, die Gelegenheit zu nutzen, eine deutliche Verbesserung für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schaffen und gleichzeitig eine angemessene Empfangsmöglichkeit für die vielen Gäste, die Jever besuchen zu schaffen. Man erhoffe sich weiterhin deutliche Einsparungen bei Energie und Unterhaltungskosten. Es gebe in seiner Fraktion auch kritische Stimmen insbesondere an der starken Einflussnahme des Denkmalpflegers bereits im Vorfeld. Trotz aller Bedenken habe man sich entschieden, den Entwurf des Architekten Thater mitzutragen, da man der Meinung sei, dass er sich gut ins Stadtbild einfüge. Zudem seien einige Änderungswünsche noch berücksichtigt worden. Bei Architekturfragen müsse man auch von Zeit zu Zeit mal etwas Mut beweisen.

**Herr Hartl** erklärt, dass er sich den Ausführungen seiner Vorredner inhaltlich anschließe. Es komme nicht häufig vor, dass er den Ausführungen der Bürgermeisterin vorbehaltlos zustimme, doch heute habe sie in ihrem Statement alles, was zur Historie der Entwicklung dieses Beschlusses zu sagen sei, in seinen Augen richtig wiedergegeben. Es werde immer Kritiker geben und andere Vorschläge, mit denen sich seine Fraktion auch hinlänglich auseinandergesetzt habe. Er plädiere dafür, die Chance jetzt zu nutzen, nachdem über eine ¾ Jahr an dieser Sache gearbeitet worden sei, müsse nunmehr der „Knoten durchschlagen“ werden. Er respektiere Kritik, aber der Rat habe sich bereits im September grundsätzlich für den Neubau entschieden und außer dem jetzt vorliegenden Vorschlag habe kein anderer Vorschlag Beschlussreife erlangt. Er könne die zum Teil geäußerte Kritik nicht nachvollziehen, da man das Verfahren, an diesem sensibelsten Platz in der Stadt ein neues Gebäude zu bauen, von Anfang an transparent gemacht habe. Hier könnten sich Rat und Verwaltung nichts vorwerfen lassen. In öffentlichen Sitzungen, bei entsprechenden Präsentationen habe er keinen der Kritiker hier vor Ort gesehen. Abschließend wolle er noch einmal darauf hinweisen, dass es lediglich ein Verfahrensschritt sei, keine Grundsteinlegung.

**Frau Feldmann** führt aus, dass sie nach wie vor Bedenken habe, einem Neubau an dieser Stelle zuzustimmen. Sie habe sich von dem Architektenwettbewerb mehr erhofft



und sei nach wie vor der Meinung, dass der Entwurf zu groß sei. Sie werde dennoch für den Beschluss stimmen, weil die jetzige Situation nicht tragbar sei und man nur so etwas erreichen könne. Eine energetische Sanierung des bestehenden Gebäudes würde immense Kosten verursachen und eine ansprechende, barrierefreie Tourist-Info und angemessene Bürgerbegegnungsstätte hätte man dann immer noch nicht. Der Vorwurf, man baue nur, um Fördermittel zu erhalten sei ihrer Meinung nach nicht gerechtfertigt. Nur mit Fördermitteln sei man in der Lage den jetzigen Zustand des Gebäudes und des Parkplatzes zu verändern. Die Denkmalpflege habe zugestimmt, es werden keine alten Bäume gefällt und es werde nicht gebaut, wenn der Eigenanteil der Stadt den Betrag von 300.000,00 € übersteige. Sie denke, es sei an der Zeit etwas Neues zu wagen.

**Frau Glaum** ergänzt die Ausführungen von Fr. Feldmann dahingehend, dass man sich die Entscheidungsfindung nicht leicht gemacht habe und sich im Vorfeld mit den vorgebrachten Bedenken auseinander gesetzt habe. Sie denke jedoch, dass am Ende die Vorteile eines Neubaus überwiegen. Endlich werde die Sicht auf die Graft frei, eine alte Forderung der Denkmalpflege. Ein wichtiges Argument sei für sie auch gewesen, dass Herr Schiefer vom Landesamt für Denkmalpflege, nichts gegen einen Neubau an dieser Stelle einzuwenden habe und auch nichts gegen den Entwurf des Architekten Thater. Sie hoffe, das der Neubau eine Attraktion werde mit der Terrasse an der verlängerten Graft. Er werde außerdem ausreichend Platz für die Tourist-Information bringen, Barrierefreiheit sei gesichert, es gebe vernünftige öffentliche Toiletten und einen hellen Mehrzweckraum als Treffpunkt für Senioren, Vereine und andere Veranstaltungen. Das Haus werde nach neuesten energetischen Standards gebaut und werde wesentlich geringere Betriebskosten verursachen. Sie habe sich für eine E-Bike-Aufladestation stark gemacht, da sie der Meinung sei, dass der Stellenwert des Fahrrad-Tourismus steigen werde und man hier die notwendigen Voraussetzungen schaffen müsse.

**Herr Husemann** führt aus, dass er dem Rat und der Öffentlichkeit ein kurzes Statement zu den Gründen für sein Abweichen vom Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion schulde. Als Vorsitzender des Planungsausschusses könne er nach den zeitaufwendigen und inhaltlich sehr aussagekräftigen Beratungen der Auswahl eines geeigneten Architekten am heutigen Abend nicht entgegenstehen. Er könne bei der Auswahl des Plans nicht mit „NEIN“ stimmen, da man einen guten Plan für die Antragsunterlagen brauche. Er werde daher mit „JA“ stimmen.

**Die Vorsitzende** lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen:

***Der Entwurf des Architekturbüros Ralph Thater ist für die Einwerbung von Zuschüssen zu verwenden.***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 10 Neufassung der Satzung für die freiwillige Feuerwehr der Stadt Jever**

**BauA Nr. 10 vom 28. 11.2012**

**VA Nr. 15 vom 04.12.2012**

**Vorlage: BV/0271/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

***Die im Entwurf vorgelegte „Satzung der Freiwilligen Feuerwehr der***

**Stadt Jever“ wird als Satzung beschlossen.**

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 11 Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen**

**BauA Nr. 10 vom 28. 11.2012**

**VA Nr. 15 vom 04.12.2012**

**Vorlage: BV/0272/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

***Die im Entwurf anliegende „Verordnung zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen“ wird beschlossen.***

**Abstimmung: ohne Gegenstimme beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 12 Satzung der Stadt Jever über die Erhebung der Abgaben der Abwasserbeseitigung**  
**a) Gebührenkalkulation 2013 für die Schmutzwassergebühr**  
**b) Gebührenkalkulation 2013 für die Niederschlagswassergebühr**  
**c) Satzungsbeschluss**

**FinA Nr. 8 vom 26.11.2012 VA Nr. 15 vom 04.12.2012**

**Vorlage: BV/0280/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

***a) Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für die Schmutzwassergebühr der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr bleibt mit 2,88 € je cbm unverändert.***

***b) Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für die Niederschlagswassergebühr der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr steigt auf 0,47 € je qm.***

***c) Die im Entwurf vorliegende 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Jever vom 10.12.2009 wird als Satzung beschlossen.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 13      Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Jever;  
Gebührenkalkulation für das Haushaltsjahr 2013**

**FinA Nr. 8 vom 26.11.2012  
VA Nr. 15 vom 04.12.2012  
Vorlage: BV/0279/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

***Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung der Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2013 wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr bleibt mit 1,18 EUR je Fegemeter unverändert.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen    Ja 30    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

**TOP 14      Satzung über die Erhebung von Standgeldern auf den Märkten der  
Stadt Jever;  
a) Gebührenkalkulation für das Haushaltsjahr 2013  
b) Satzungsbeschluss**

**FinA Nr. 8 vom 26.11.2012  
VA Nr. 15 vom 04.12.2012  
Vorlage: BV/0278/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

- a) ***Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung der Marktgebühren (Wochenmarkt) für das Haushaltsjahr 2013 wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Gebühr steigt auf 2,10 EUR/lfm.***
- b) ***Die im Entwurf vorliegende 4. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Standgeldern auf den Märkten der Stadt Jever (Marktstättegelder) vom 25.10.2001, zuletzt geändert am 10.12.2009, wird als Satzung beschlossen.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen    Ja 30    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

**TOP 15      Flurneuordnungsverfahren; Genehmigung einer überplanmäßigen  
Auszahlung**

**FinA Nr. 8 vom 26.11.2012  
VA Nr. 15 vom 04.12.2012  
Vorlage: BV/0282/2011-2016**

Auf Anfrage von **Herrn Schönbohm** erläutert **Herr Rüstmann** kurz die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe.

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

***Die überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 11.622,40 € beim Investitionselement I1.411014.510.001, Sachkonto 782100, Flurneuerungsverfahren B210, wird überplanmäßig genehmigt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen aus der Zuschussgewährung für die Anton-Reling-Straße und Ausbaubeiträgen für den Ostfriesenweg***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 16 Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages**

**FinA Nr. 8 vom 26.11.2012  
VA Nr. 15 vom 04.12.2012  
Vorlage: BV/0276/2011-2016**

**Herr Rüstmann** führt in den Sachverhalt ein. Der eingeschaltete Fachanwalt, Herr Elmenhorst, habe angeregt, den Beschlussvorschlag im Interesse der Rechtssicherheit um folgenden Satz zu ergänzen:

***Der Beitragsmaßstab wird aus dem Umsatz, dem Vorteilssatz und dem Mindestgewinnsatz gebildet.***

Diese Ergänzung sei sinnvoll, damit der Bürger, bzw. Gewerbetreibende wisse, dass durch den heute gefassten Beschluss, die in diesem Satz genannten Auskünfte von der Stadt erhoben werden. Er empfehle daher, dieses Element zusätzlich in den Beschluss mit aufzunehmen.

**Herr Janssen** führt aus, dass über die Fremdenverkehrsabgabe seit mehreren Jahren diskutiert werde. Insofern sei der heutige Beschluss, diese einzuführen weder eine voreilige oder unüberlegte Entscheidung noch handele es sich um einen Schnellschuss. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass es nunmehr dringend der Zustimmung bedürfe, da die Stadt das Geld zur Refinanzierung der Marketing- und Tourismus-GmbH benötige. Das werde der Stadt von der Kommunalaufsicht bereits seit Jahren ins Stammbuch geschrieben. Der Gesamtumsatz der in der Stadt Jever mit dem Tourismus erzielt werde belaufe sich auf ca. 15 Mio. € pro Jahr. Etwa 400.000 Tagesgäste besuchten die Stadt im Schnitt, die Zahl der Übernachtungen liege bei ca. 120.000 die Tendenz sei steigend. Diejenigen, die vom Tourismus profitieren, sollten sich nach Meinung der SPD auch entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Dies gehe in seinen Augen nur mit einer entsprechenden Satzung und nicht auf freiwilliger Basis. Die bisherige Regelung, dass alle Bürger durch ihre Steuern den Tourismus finanzieren, sei ungerecht und könne so nicht weitergehen. In vielen Kommunen im Umkreis gebe es bereits entsprechende Satzungen und von einer möglichen Klagewelle dürfe man sich nicht abschrecken lassen. Stadtmarketing und Tourismus seien freiwillige Leistungen, die bei einer Ablehnung der Fremdenverkehrsabgabe in Frage gestellt werden müssten. Als er kürzlich als Zuhörer an der Finanzausschusssitzung teilgenommen hatte, habe er das Gefühl gehabt, im falschen Film zu sein. Kurz vor Toreschluss sei dort von einem CDU-Kollegen ein völlig unausgegorener Schnellschussvorschlag zur Einführung dieser Abgabe unterbreitet worden, mit dem Hinweis, hierfür brauche man dann noch 3 Monate Zeit. Zeit sei seit der Ablehnung in 2010 ausreichend vorhanden gewesen. Für ihn sehe das so aus, als wolle man die Einführung dieser Abgabe auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Seine

Fraktion wolle, dass Marketing- und Tourismus in Jever weiter professionell betrieben werde, darum stimme man für die Einführung dieser Abgabe.

**Herr Schwanzar** erklärt, dass er im Hinblick auf die Einführung Fremdenverkehrsabgabe ein Minderheitsvotum abgeben werde. Er sei dafür, dass die Kosten des Stadtmarketings auf die verteilt werde, die vom Tourismus profitieren. Er habe mit einigen Kaufleuten im Vorfeld gesprochen und habe nicht den Eindruck gehabt, dass durch die Einführung das Engagement nachlasse, oder dadurch mit Einbrüchen im Umsatz und weiteren Leerständen zu rechnen sei. Er wünsche der Verwaltung Glück, es besser zu machen als im Wangerland, wo über 3 Jahre Prozesse geführt werden mussten. An eine Freiwilligkeit hingegen glaube er nicht und stimme insofern der Einführung der Fremdenverkehrsabgabe zu.

**Herr Schönbohm** führt aus, dass man leicht dazu neige, zu sagen: „Schon wieder eine neuer Steuer, noch mehr Bürokratie.“ Die Einführung der Fremdenverkehrsabgabe sei in seinen Augen hingegen eine völlig andere Situation. Die Förderung der Vermarktung der Stadt und des Tourismus sei seit Jahren mit steigenden Kosten verbunden und werde von allen Bürgern aus allgemeinen Steuergeldern finanziert. Doch dieses Geld reiche für die diversen freiwilligen Leistungen bei weitem nicht aus. Es gebe nur 3 Möglichkeiten das Defizit im Bereich Marketing- und Tourismus-GmbH zu senken. Die eine sei, ganz auf diese freiwillige Leistung zu verzichten, das sei aber nicht gewollt. Die andere sei, eine vorhandene Steuer zu erhöhen, da bleibe nur die Grundsteuer oder man erhebe eine Abgabe von denen, die von den Leistungen der Marketing- und Tourismus-AG profitieren. Seine Fraktion sei überwiegend der Meinung, dass die Einführung der Abgabe die gerechteste Lösung sei. Ein weiterer Vorteil sei, dass die Einnahme zweckgebunden sei und nicht in irgendwelchen schwarzen Löchern im Haushalt verschwinden könne. Auf Freiwilligkeit bei der Abgabe zu setzen, halte er für nicht praktikabel und die Rückmeldungen, die er aus der Kaufmannschaft und von Gewerbetreibenden erhalten habe, seien auch nicht positiv gewesen. Die Einführung der Abgabe sei eng verknüpft mit der Zukunft der Marketing- und Tourismus-AG, hier müsse eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden und darauf geachtet werden, dass die Kosten nach Möglichkeit reduziert werden. Die SWG-Fraktion werde mehrheitlich dem Grundsatzbeschluss zur Einführung der Abgabe zustimmen.

Für die CDU-Fraktion erklärt **Herr Zillmer**, dass die Einführung der heute zur Abstimmung stehenden Fremdenverkehrsabgabe eine möglich Alternative zur vorgegebenen Konsolidierung des städtischen Haushaltes darstelle, zu der sich alle Mitglieder des Rates verpflichtet fühlen. Es sei aber eben nur eine Alternative und die Frage, die man sich bei der CDU gestellt habe sei, ob die Einführung mit dem derzeit vorhanden Personal zu stemmen sei, insbesondere wenn man die Erfahrungen anderer Kommunen mit in die Überlegungen einbeziehe. Hier zeigten es die Erfahrungen von Nachbarkommunen, wie schwer es sei eine gerichts feste Satzung zu erlassen. Einnahmen aus der Abgabe würden durch die Kosten der Prozesse wieder aufgefressen, so dass man keine Entlastung des Haushaltes erziele. In der Frage der Gerechtigkeit der Fremdenverkehrsabgabe werde argumentiert, dass nur so alle am Fremdenverkehr partizipierenden Unternehmen zu Abgaben herangezogen werden können. Unstrittig sei dabei aber wohl auch, wenn man feststelle, dass sich dieses nicht für jedes Unternehmen aus der sog. 2 Reihe, der mittelbar Betroffenen erschließe. Außerdem sei das für Jever favorisierte System über die Umsatzzahlen den Betrag zu errechnen aus Sicht der CDU nicht immer einwandfrei. Es sei weiterhin zu beachten, dass die erzielten Einnahmen zweckgebunden zu verwenden seien. Eine Verwendung für die derzeitigen zusätzlichen Ausgaben (z.B. Eisbahn, Blumenampeln) wäre angreifbar, da diese nicht unbedingt der Förderung des Tourismus zugeordnet werden können. Bestimme ein Verein selbst, könne über die Verwendung der Gelder frei entschieden werden. Daher habe die CDU Jever Überlegungen in eine andere Richtung angestellt. Aus ihrer Sicht sei die angestrebte Reduzierung der Haushaltsmittel

auch anders zu erreichen. Hierzu habe man bereits Gespräche mit Betroffenen über Jever-Aktiv hinaus geführt und ein positives Echo erhalten. Auch sehe man die Möglichkeit in diesem System die Filialisten mit ins Boot zu nehmen. Bevor er zu den Details des Vorschlages ausführe, wolle er noch ein Wort zu den Vorwürfen, die CDU hätte sich schon viel früher mit ihrem Ansinnen artikulieren können, verlieren. Hierzu sei zu sagen, dass entsprechende Recherchen eben ihre Zeit bräuchten und die CDU sich auch nicht vorschreiben lassen wolle, wann sie solche Vorschläge unterbreite. Zum eigentlichen Vorschlag der CDU führt **Herr Zillmer** aus, dass man der Meinung sei, dass die Gewerbetreibenden beispielsweise einen Marketingverein gründen könnten, in dem sie zu jeweils festgelegten Beträgen eine Mitgliedschaft erhalten. Hier sei von Beträgen auszugehen, die jeweils etwas unterhalb des Fremdenverkehrsbeitrages blieben, aber auf freiwilliger Basis und die je nach Vorhaben auch aufgestockt werden könnten. Dieser Verein bestimme dann über seine Mitglieder, wie die eingenommenen Beiträge verwendet werden und in welcher Form die Bearbeitung stattfinde, z.B. Einstellung eines Geschäftsführers unter Vorgabe von zu erreichenden Zielen. Hier sei dann auch der große Unterschied zum Fremdenverkehrsbeitrag zu sehen, denn die Verwendung der Einnahmen aus dem Fremdenverkehrsbeitrag entscheide die Stadt. Die Gewerbetreibenden hätten keinerlei Einflussmöglichkeit. Eine grundsätzlich signalisierte Mitsprachemöglichkeit über Jever-Aktiv sei nicht gleichzusetzen, bei dem Modell der CDU würden alle Mitglieder über Ausgaben mitentscheiden können. Die Stadt Jever wäre ebenfalls zahlendes Mitglied in diesem Verein, allerdings nicht mehr mit dem derzeitigen Geldbetrag, sondern einem entsprechend reduzierten Betrag, was eine Ausgabensenkung und somit ein Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung wäre. Ein zusätzliches Argumente für eine solche Vorgehensweise sei, dass nach dem feststehenden Weggang des Geschäftsführers, der Fortbestand der GmbH in der jetzigen Form auf dem Prüfstand stehe. Die Bürgermeisterin werde vor einem Schnellschuss gewarnt, und eine sorgfältige Prüfung angeraten. Diese Abwägung könne in den beschriebenen Prozess mit einbezogen werden. Es gebe Kommunen, auch hier in der Region, die mit der skizzierten Verfahrensweise gute bis sehr gute Erfahrungen gemacht hätten. Man sei natürlich nicht so vermessen zu behaupten, dass es keine Probleme darstellen werde, alle Gewerbetreibenden zu erreichen, aber in einem ersten Schritt ausreichend viele. Die Erfahrungen der anderen Kommunen zeigten, dass es auch auf Dauer möglich sei und immer mehr Betriebe bereit seien, sich zu beteiligen. Daher stelle die CDU-Fraktion den Antrag:

***Auf die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages wird vorerst verzichtet; die Möglichkeit der Umsetzung der beschriebenen Vereinslösung, ggf. auch in einer anderen Rechtsform, im Zusammenspiel zwischen der Stadt und den Gewerbetreibenden, gerne auch unter Beteiligung der Politik ist zu prüfen.***

**Die Vorsitzende** stellt den Antrag zunächst zurück und erteilt **Herrn Hartl** das Wort. Jever mache bei der Beschlussfassung um die Fremdenverkehrsabgabe eine Ausnahme. In anderen Kommunen seien Fremdenverkehrsbeiträge per „Stempel“ einfach als Satzung verordnet worden. Man sei vor 2 Jahren an einer Schwelle gewesen, wo sie vehement dagegen gestimmt hätten, aber nicht deshalb, weil man nicht davon überzeugt gewesen wäre, dass es haushaltspolitisch notwendig sei, sondern weil man zum damaligen Zeitpunkt den „Stempel“ nicht gewollt habe. Inzwischen habe man aber eine ganz andere Entwicklung. Wer sich unter den Gewerbetreibenden umhöre, bekomme zu hören, dass die Freiwilligkeit, auf deren Grundlage der Vorschlag der CDU aufbaue, von den Gewerbetreibenden nicht mehr gewollt sei. Hintergrund sei, eine gerechte Verteilung auf alle Nutznießer der Marketing- und Tourismus-GmbH. Der 2. Aspekt der ihnen wichtig sei, sei die haushaltspolitische Notwendigkeit. Und der letzte Aspekt der seine Partei bewege, der Einführung jetzt zuzustimmen sei, dass den Betroffenen ein Mitspracherecht eingeräumt werde. Wie dieses formal umgesetzt werde, sei noch zu klären und man sei sich auch bewusst, dass es sich nicht um eine Mitbestimmung handele, aber wenn man

sich am Ende des Jahres zusammensetze und berate, wie Gelder sinnvoll verwendet werden können, finde er dies richtig und es werde auch von den Gewerbetreibenden gewünscht. Man werde aus den dargelegten Gründen dem Beschlussvorschlag zustimmen.

**Frau Glaum** führt zu den Gründen aus, die die Grünen-Frauen dazu bewegt hätten, die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages abzulehnen. Man wolle die kleinen, inhabergeführten Geschäfte, die das besondere Flair der Innenstadt ausmachen, nicht mit zusätzlichen Abgaben belasten. Die Einzelhändler bezahlen schon heute für jeden Tisch und jeden Aufsteller und jeden Stuhl. Der hohe Leerstand beweise doch, dass es im Einzelhandel zunehmend schwerer geworden sei - vor allem im Winterhalbjahr - sich zu behaupten. Das möge für Hotels und Gaststätten zwar nicht in gleichem Maße gelten, aber den Leerstand könne man zukünftig auch nicht mit einer Fremdenverkehrsabgabe beseitigen, das Gegenteil sei wohl eher der Fall. Man befürchte außerdem, dass die eingenommenen Gelder nicht in dem Maße für touristische Aktivitäten ausgegeben würden, wie bisher. Es dürfe nach ihrer Meinung keine Abstriche beim Kiewitt-Markt, beim Brüll-Markt, bei der Eisbahn oder dem Blumenschmuck geben. Auch sei ihrer Meinung nach bisher zu wenig über die Verwaltungs- und Personalkosten, welche zukünftig auf die Stadt zukommen, gesprochen worden. Erhebung der Umsätze, Berechnung und Einteilung machten sich nicht von alleine. Und sei die Abgabe erst eingeführt, könne beliebig an der Steuerschraube gedreht werden. Das seien im Wesentlichen die Gründe, die Einführung abzulehnen.

**Herr Husemann** begründet sein abweichendes Abstimmungsverhalten zum einen mit der Verbesserung der Steuergerechtigkeit. Ein weiteres Argument seien der Erhalt und die Verbesserung der Maßnahmen rund um das Thema Tourismus durch eine gesicherte Finanzierung. Das dritte Argument für die Abgabe zu stimmen sei für ihn, dass durch die vorab durchgeführten Berechnungen des Fachanwaltes jegliche Erdrosselungen der Gewerbetreibenden vermieden werden, und zu guter Letzt haushalterische Gründe, nämlich dass bei einer freiwilligen Leistung ein wenig Geld gespart werden könne und somit ein Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes geleistet werde. Diese Gründe seien für ihn tragend und so wichtig, dass er, abweichend zu seiner Fraktion, mit JA stimmen werde.

**Die Vorsitzende** lässt sodann über den Antrag der CDU abstimmen:

***Auf die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages wird vorerst verzichtet; die Möglichkeit der Umsetzung der beschriebenen Vereinslösung, ggf. auch in einer anderen Rechtsform, im Zusammenspiel zwischen der Stadt und den Gewerbetreibenden, gerne auch unter Beteiligung der Politik ist zu prüfen.***

**Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 6 Nein 22 Enthaltung 2 Befangen 0**

Anschließend wird über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abgestimmt:

**Beschlussvorschlag:**

***Die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages in der Stadt Jever wird beschlossen.***

***Zu diesem Zweck erlässt die Stadt Jever eine Fremdenverkehrsbeitragssatzung.***

***Der Beitragsmaßstab wird aus dem Umsatz, dem Vorteilssatz und dem Mindestgewinnsatz gebildet.***

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 20 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 17 Örtliche unvermutete Kassenprüfung am 07.11.2012**

**VA Nr. 15 vom 04.12.2012  
Vorlage: MV/0289/2011-2016**

**Die Vorsitzende** zitiert die Bemerkung der Vorsitzenden des VA: „Der Rat der Stadt Jever solle wohlwollend zur Kenntnis nehmen, dass in der Stadtkasse eine gute Arbeit geleistet werde, so dass es wiederum keinen Grund zur Beanstandung gegeben habe.“

**Zur Kenntnis genommen**

**TOP 18 Förderung des Ganztagsbetriebes an der Paul-Sillus-Schule**

**SchuJuA Nr. 5 vom 22.11.2012  
VA Nr. 15 vom 04.12.2012  
Vorlage: BV/0274/2011-2016**

**Herr Husemann** führt aus, dass es eine großartige Leistung sei, mit welchem finanziellen Volumen sich die Stadt Jever, die finanziell wirklich nicht auf „Rosen gebettet“ sei, sich in dieses Projekt finanziell hineinbegeben. Wenn man dies auf andere Kommunen übertrage, sei dies eine weit aus überdurchschnittliche Leistung. Dies müsse von Rat anerkannt werden, die Angelegenheit wurde von der Verwaltung gut vorbereitet, mit Augenmaß zum Wohle der Kinder, er finde das klasse.

**Herr Schwanzar** pflichtet Herrn Husemann bei, betont aber auch, dass bei der Ganztagsbetreuung und der Verbesserung der Bildung eigentlich das Land in der Pflicht sei. Es könne nicht sein, dass alle Lasten bei den Kommunen liegen.

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann:

**Beschlussvorschlag:**

***Der Paul-Sillus-Schule wird zur Finanzierung eines Ganztagsangebotes ein jährlicher Zuschuss in Höhe des Fehlbetrages beim Ganztagsbudget aus Landesmitteln jedoch maximal bis zur Höhe von 8.000,00 Euro gewährt.***

***Ein verlässliches Ganztagsangebot muss an mindestens 4 Wochentagen bis 15:30 Uhr mit Ausnahme der Schulferien angeboten werden.***

***Landesmittel sind vorrangig einzusetzen. Der Zuschuss darf nur zum Ausgleich eines Fehlbetrages des Ganztagsbudgets aus Landesmitteln verwendet werden. Er wird an das Land Niedersachsen zum Ende des Schuljahres in Höhe des nachgewiesenen Fehlbetrages (maximal 8.000,00 €) ausgezahlt.***

***Die Zuschussgewährung erfolgt unter dem Vorbehalt der jährlichen Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.***



**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 19 Einrichtung einer weiteren Krippengruppe im Kindergarten Lindenallee;  
hier: Umwandlung von freiwerdenden Kindergartenplätzen**

**SchuJuA Nr. 5 vom 22.11.2012**

**VA Nr. 15 vom 04.12.2012**

**Vorlage: BV/0264/2011-2016**

**Herr Schwanzar** führt aus, dass sich die Wogen im Krippenstreit geglättet hätten. Man sei zwar noch nicht ganz auf der sicheren Seite, wenn man 2013 in die Pflicht genommen werde, aber man habe eine Menge bewegt und sei auf einem guten Weg eine familien- und kinderfreundliche Stadt zu bleiben.

**Herr Janssen** führt aus, dass die Stadt Jever auch hier wieder einer erhebliche Summe in die Hand nehme, und in Sachen Kinderbetreuung aus der „Buh-Mann-Ecke“ heraus gekommen sei. Dennoch müsse man weiter am Ball bleiben, er finde das Modell gut, in vorhanden Kindergärten, Krippengruppen unterzubringen.

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

**Beschlussvorschlag:**

***Der Einrichtung einer weiteren Krippengruppe im Kindergarten Lindenallee im Zuge der Umwandlung von 2 Kindergartengruppen wird zugestimmt. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 EUR in der Ausgabe und 77.000,00 EUR in der Einnahme (Zuschussbedarf: 23.000,00 EUR) sind mit dem Haushalt 2013 bereitzustellen und entsprechend zu veranschlagen.***

***Der geplanten Umbaumaßnahme wird zugestimmt.***

***Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend einen Förderantrag nach den Landesrichtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (RAK) zu stellen.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 20 Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen durch den Rat**

**SchuJuA Nr. 5 vom 22.11.2012**

**VA Nr. 15 vom 04.12.2012**

**Vorlage: BV/0291/2011-2016**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne weitere Aussprache:

**Beschlussvorschlag:**

***Die für die Stadt Jever eingegangene Spende in Höhe von 2.386,50***

***Euro wird gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG entsprechend der beigefügten Anlage angenommen.***

**Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 21 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung**

Bevor **die Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.22 Uhr schließt, beglückwünscht sie den anwesenden Architekten Thater dazu, dass sein Entwurf nun das Rennen gemacht habe.

Außerdem wolle sie noch nachholen, was sie zu Beginn versäumt habe. Sie gratuliere ganz herzlich Herrn Dieter Vahlenkamp im Namen aller zu seinem heutigen Geburtstag.

Abschließend wünsche sie allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Sie lade schon jetzt zum Neujahrsempfang der Stadt Jever am 04. Januar ein.

Genehmigt:

Elke Vredenburg  
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt  
Bürgermeisterin

Heyka Albers  
Protokollführer/in